



## **Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen**

sucht

unbefristet zum nächstmöglichen Zeitpunkt

**eine Referentin/einen Referenten (w/m/d)**

**im Referat 523 „Stadtumbau, Stadtentwicklung, Städtebauförderung Bezirk  
Münster“**

(bis Besoldungsgruppe A 14 LBesO A NRW bzw.

in Abhängigkeit der übertragenen Aufgaben bis Entgeltgruppe 14 TV-L)

### **UNSER MINISTERIUM**

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen trägt im Besonderen dazu bei, dass ländliche wie städtische Räume sich weiterentwickeln und die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in unseren 373 kreisangehörigen und 23 kreisfreien Kommunen sowie 27 Kreisen in Nordrhein-Westfalen auch in der Zukunft gewahrt bleibt.

Wir unterstützen diejenigen vor Ort, die Heimat in Nordrhein-Westfalen tagtäglich gestalten. Neben der Gestaltung des Gemeindefinanzausgleichs und anderer kommunaler Rechtsgrundlagen sind wir für den öffentlich-geförderten Wohnungsbau, die Städtebauförderung und die Dorferneuerung, den Schutz für Opfer von Gewalt sowie die berufliche Potentialentwicklung zuständig. Das Ministerium ist die oberste Bauaufsichts-, Kommunalaufsichts- und Denkmalbehörde in Nordrhein-Westfalen.

### **IHR REFERAT**

Das Referat 523 ist zuständig für die Städtebauförderung im Regierungsbezirk Münster und in diesem Rahmen neben der Vorbereitung der Städtebauförderprogramme, der Regelung von Förderrechtsfragen auch mit der Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung in Nordrhein-Westfalen betraut. Es regelt Grundsatzfragen des Stadtumbaus und ist verantwortlich für die landesweite Programmsteuerung des Städtebauförderprogramms „Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten“. Der Fokus liegt dabei auf der Bewältigung von Leerstand und Brachflächen und die Verknüpfung von Städtebauförderung und Wohnraumförderung.

## IHR AUFGABENBEREICH

- die Vorbereitung, Begleitung und Umsetzung des Stadterneuerungsprogramms NRW mit Fördermitteln des Landes, des Bundes und der EU
- die Beurteilung von städtebaulichen Fragestellungen und Grundsatzfragen der Stadtentwicklung
- die Mitarbeit bei der Koordinierung des Netzwerks „Stadtumbau“ und der Kooperation „Gemeinsam für Emscher“
- Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung von Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung in Nordrhein-Westfalen

## WIR SETZEN VORAUS

- die Befähigung für die Laufbahn des bautechnischen Verwaltungsdienstes für die Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt

oder

ein abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium (Master oder universitärer Diplomstudiengang) der Architektur, der Raumplanung, der Immobilienwirtschaft, des Städtebaus oder einer vergleichbaren Fachrichtung

- Erfahrungen in der Aufstellung und Abwicklung von Förderprogrammen und Verständnis für das Zusammenwirken von EU, Bund, Land und Kommunen

## WIR ERWARTEN

- eine möglichst mehrjährige Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung
- vorzugsweise Erfahrungen auf dem Gebiet des Stadtumbaus sowie der erhaltenden Stadterneuerung und Zentrenentwicklung
- ein hohes Maß an Eigeninitiative, Einsatzbereitschaft, Flexibilität und Zuverlässigkeit
- eine ausgeprägte mündliche und schriftliche Kommunikationsfähigkeit
- eine hohe Teamfähigkeit und Sozialkompetenz
- ein sicheres und freundliches Auftreten, Verhandlungs- und Organisationsgeschick
- Genderkompetenz

## WIR BIETEN IHNEN

- einen abwechslungsreichen Arbeitsplatz
- gute Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten
- ein attraktives Fortbildungsangebot

- familienfreundliche, flexible und mobile Arbeitsmodelle, wobei eine Beschäftigung in Teilzeit – auch auf diesem Arbeitsplatz – grundsätzlich möglich ist
- einen Standort mit guter Infrastruktur und Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie die Möglichkeit zum Erwerb eines Jobtickets, das auch zur Nutzung vorhandener Parkmöglichkeiten berechtigt
- bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen die Möglichkeit zur Übernahme in ein Beamtenverhältnis
- eine Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst (VBL) für Tarifbeschäftigte

### HABEN SIE NOCH FRAGEN AN UNS?

Für Rückfragen im Zusammenhang mit dem Bewerbungsverfahren steht Ihnen Herr Ple-schinger unter der Telefonnummer 0211/8618 3444 zur Verfügung.

Wenn Sie Fragen zum Aufgabengebiet der Stelle haben, wenden Sie sich bitte an Herrn Meyer unter der Telefonnummer 0211/8618 5652.

### HABEN WIR IHR INTERESSE GEWECKT?

Wir freuen uns über Ihre aussagefähige und vollständige Bewerbung (u.a. mit Kopien von Abschlusszeugnissen und ggf. von Beurteilungen bzw. Arbeitszeugnissen).

Senden Sie diese bitte postalisch **bis zum 27. März 2020** an das:

Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Referat 103 Personal  
Stichwort „RF 523“  
Jürgensplatz 1  
40219 Düsseldorf

Aus Gründen der Verwaltungsökonomie werden Bewerbungsunterlagen grundsätzlich nicht zurückgesandt. Es wird deshalb darum gebeten, auf die Verwendung von Bewerbungsmappen zu verzichten.

### HINWEISE

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert die berufliche Entwicklung von Frauen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. Sie werden nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung wendet sich ausdrücklich auch an Menschen mit Zuwanderungshintergrund.

Bewerbungen schwerbehinderter bzw. gleichgestellter behinderter Menschen im Sinne des SGB IX sind erwünscht.

## VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

Mit der Zusendung Ihrer Bewerbung erteilen Sie gleichzeitig das Einverständnis, dass die für das Auswahlverfahren erforderlichen personenbezogenen Daten vorübergehend gespeichert und verarbeitet werden. Die Daten werden nicht an Dritte weitergegeben. Nach Abschluss des Verfahrens werden die Daten und Bewerbungsunterlagen unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen gelöscht bzw. vernichtet.

Dieses Einverständnis kann jederzeit widerrufen werden. Ihre Bewerbung kann in diesem Fall nicht mehr im laufenden Auswahl- und Einstellungsverfahren berücksichtigt werden.